

Hintergründe der Rohingya-Tragödie

Das brutale Vorgehen burmesischer Militärs gegen die Rohingya hat zu einer der grössten Fluchtbewegungen der letzten Jahre geführt. Hunderttausende Menschen überschritten die Grenze zu Süd-Bangladesch und wurden in Flüchtlingslagern untergebracht. Die Sympathien des Westens liegen bei den Rohingya, und viele von uns tun sich schwer mit der zurückhaltenden Reaktion der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi.

Am 14. Juni 2019 ging der Ethnologe und Kenner Myanmars Georg Winterberger im Songtsen House der Frage nach, ob sich die Tragödie historisch erklären lässt, und analysierte die Haltung der verschiedenen involvierten Parteien.

Wir stützen uns hier auf seinen Vortrag sowie auf weitere, teils widersprüchliche Quellen.

Der Staat Arakan (Rakhine), einer von sieben grösstenteils von Nichtbirmanen bewohnten Unions-Staaten, liegt im Westen Burmas und grenzt im Norden an die südlichste Spitze Bangladeschs. Das unabhängige Königreich Arakan wurde 1784/85 durch den burmesischen König Bowdawpya erobert und annektiert.



Von der Kolonie bis zur Unabhängigkeit

1885 wurde Burma zur britischen Kolonie. Die Briten banden den politischen Einfluss der buddhistischen Geistlichen zurück und besetzten die Verwaltungsposten vor allem mit Indern. Der Handel wurde von Indern, später auch von Chinesen dominiert, während grosse Firmen meist in europäischer Hand waren. Gleichzeitig kamen viele indische Arbeitskräfte ins Land. 1938 formte sich unter burmesischen Nationalisten starker Wider-

stand; die Unabhängigkeitsbewegung der Bamar (ethnischen Burmesen) unter General Aung San setzte auf die Unterstützung der Japaner, während die Inder (jeglicher Glaubensrichtungen), Muslime und Angehörige der ethnischen Minderheiten wie die Karen und die Mon auf der Seite der Briten standen. Diese Spaltung fand auch in Arakan statt: Die (buddhistischen) Rakhaing waren projapanisch, die muslimische Bevölkerung probritisch. Als Folge davon entstand eine räumliche Trennung zwischen islamischen und buddhistischen Gemeinschaften und eine muslimische «Enklave» im Norden Arakans, die bis heute Bestand hat.

Neue Entwicklungen

Fast fünfzig Jahre lang war Burma eine Diktatur. Seit 2003 verfolgte die herrschende Militärjunta unter General Thein Sein ihr Ziel, das Land mithilfe eines «Sieben-Stufen-Plans» bis zum Jahr 2015 in eine «Demokratie mit blühender Disziplin» oder «disziplinierte Demokratie» zu führen. Konkret beinhaltete der Plan die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, später die Wahl einer Regierung sowie eines Parlaments. Im Mai 2008 stimmten laut offiziellen Angaben 92 % der Bevölkerung der neuen Verfassung zu. Die Wahlen im November 2010 wurden von Aung San Suu Kyis oppositioneller «National League for Democracy» (NLD) boykottiert; erst bei den Nachwahlen 2012 gewann die NLD die Mehrheit der für unabhängige Parteien bestimmten Sitze. 2016 übernahm Aung San Suu Kyi das Amt der Regierungschefin. Seit 2018 ist der NLD-Politiker Win Myint Präsident; gemäss Verfassung kann Aung San Suu Kyi selber nicht Präsidentin werden. Allerdings sind gemäss der neuen Verfassung 25 % der Parlamentssitze für das Militär reserviert; ihm unterstehen auch die wichtigsten Ministerien.

Der Auslöser für die jüngste Verfolgung der Rohingya war ein Angriff der Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) auf Grenzpolizeistationen am 25. August 2017. Dabei starben mehrere Polizeibeamte und mindestens ein Soldat. Die ARSA wurde, als erste Gruppe von muslimischen Aufständischen überhaupt, zu einer Terrororganisation erklärt. Das Militär stationierte etwa 30'000 Soldaten in Arakan. Über 700'000 Rohingya flüchteten nach Bangladesch.



Foto: Dar Yasin

Die Sicht der Rohingya

Die Bezeichnung «Roinga» wurde bereits 1799 ein erstes Mal vom schottischen Arzt Francis Buchanan erwähnt, der im Dienst der East India Company reiste. Die Rohingya selber betrachten Arakan als ihr Ursprungsland; je nach Quelle sollen sie im 8. oder im 15. bis 16. Jahrhundert die Region besiedelt und eine eigenständige Gemeinschaft von Arakan-Moslems gebildet haben. Sie wurden nach der Unabhängigkeit Burmas aber nie als eine der offiziellen ethnischen Gruppen aufgeführt.

Die «Arakan Muslim Conference» verwendete 1951 erstmals seit 1799 wieder die Bezeichnung «Rohingya». Damit verbunden war das Anliegen, als eigenständige ethnische Gruppe anerkannt zu werden. Nord-Arakan sollte, genauso wie der Shan-Staat, und andere Staaten der ethnischen Minderheiten, ein vollwertiges Mitglied der Burmesischen Union werden. Diesem Ansinnen wurde nicht stattgegeben.

Die burmesische Regierung und die Mehrheit der ethnischen Burmesen (Bamar) sind der Ansicht, dass die Rohingya während und nach der britischen Kolonialzeit von Bengalen nach Arakan teilweise illegal eingewandert sind. Entsprechend verwenden sie für die Arakan-Moslems die Bezeichnung «Bengalen».

Die Frage der Staatszugehörigkeit

Nach der Unabhängigkeit 1948 galten alle «indigenen Rassen», die vor 1823 auf burmesischem Gebiet ansässig waren, als Bürger des neuen Staates. Dazu gehörten die Bamar und andere ethnische Gruppen (Chin, Kachin, Karen, Kayah, Mon, Rakhaing und Shan). Ebenso konnten alle, die während der Kolonialzeit in Burma geboren waren, als Staatsbürger anerkannt werden. Menschen indischer und chinesischer Abstammung, egal welcher Religion, wurden somit nicht als «indigene» Bewohner betrachtet.

Die Arakan-Moslems erschienen nicht auf der Liste der 135 offiziellen ethnischen Gruppen im Land; sie mussten sich aber auch nicht als Ausländer registrieren. Die wenigsten kümmerten sich allerdings um ein Zertifikat über die Staatszugehörigkeit. Da sie aber (aus ihrer Sicht) vor 1823 auf burmesischem Gebiet ansässig gewesen waren, versuchten sie – vergebens –, als ethnische Gruppe anerkannt zu werden und damit ihre Zugehörigkeit zu sichern.

Im Jahr 1982 wurde ein neues Gesetz erlassen, das es den Rohingya praktisch verunmöglichte, die Staatszugehörigkeit offiziell zu erlangen. Dieses Gesetz bestätigte ihren Status als «Gäste» und war ein erneuter Ausdruck des Misstrauens gegenüber Indern und Chinesen, besonders auch Moslems.

Die Rakhaing

Im Gegensatz zum Narrativ der Rohingya oder Arakan-Moslems, die Arakan als ihre Heimat betrachten, betonen die Rakhaing, dass das Königreich Arakan buddhistisch war. Diese unterschiedlichen historischen «Wahrheiten» werden von Generation zu Generation übertragen, ebenso wie die Erinnerungen an das Leid, dass die jeweils andere Bevölkerungsgruppe der eigenen zugefügt hatte. Die Kriege von 1784 und 1924–26 waren massgebend für die Ausbildung einer buddhistischen Rakhaing-Identität – dies im Kontrast sowohl zu den Bamar als auch zu den Arakan-Moslems. Die Bamar gelten, dank ähnlicher Sprache, Kultur und Religion, immerhin als «Brüder», während die Rohingya «Fremde» sind. Dies erklärt, dass die Rakhaing sich noch heftiger gegen eine Eingliederung der Rohingya wehren als die Bamar.

Das Militär (Tatmadaw)

Das Militär sieht seine Rolle als Mittler und Garant für Stabilität. So betrachteten die Militärregierungen ihre Herrschaft als vorübergehend und sahen es als ihre Aufgabe, den Übergang zu zivilen Regierungen zu organisieren. Tatsächlich wurde Burma von 1948 bis

1962 und von 1974 bis 1982 von Zivilisten regiert; auch der «Sieben-Stufen-Plan» einer, zumindest formalen, Demokratisierung kann als Ausdruck dieser Haltung verstanden werden.

In dieser Logik ist es verständlich, dass das Militär eingreift, wenn es die Einheit des Landes als bedroht einschätzt.



Bild DR

Die NLD-Regierung

Aung San Suu Kyi steht von drei Seiten unter Druck:

Die Bamar, die «Burmese sein» zunehmend mit «Buddhist sein» gleichsetzen, erwarten von ihrer Regierungsvorsitzenden, dass sie sich gegen die Moslems stellt, insbesondere gegen die Rohingya, die als Bengali betrachtet werden und deren Bevölkerungszahl angeblich überproportional wächst.

Die internationale Gemeinschaft ist enttäuscht von der Friedensnobelpreisträgerin und idealisierten «Ikone», die sich nicht vom Militär distanziert und keinerlei Kritik am brutalen Vorgehen der Armee übt.

Das Militär ist nach wie vor bemüht, seine politische und ökonomische Macht zu wahren. Für das Tatmadaw ist die NLD nach wie vor ein politischer Antagonist, und es ist für Aung San Suu Kyi, will sie weiterregieren, schwierig, sich offiziell gegen das Militär zu stellen.

Schon anfangs des 20. Jahrhunderts war die Idee der Demokratie eng mit dem Buddhismus verbunden, wobei Buddha als »Grosser Demokrat« bezeichnet wurde. U Nu und Ne Win versuchten, die verschiedenen ethnischen Gruppen und Religionen gemäss einem an den Buddhismus angelehnten Modell zu integrieren, welches das Verhältnis zwischen Volk und Staat gewissermassen als Fortsetzung der traditionellen Dreiheit König – Mönchsgemeinschaft – Laien definierte. Aung San Suu Kyi folgt dieser Idee, in dem sie Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern als ein «integriertes soziales und ideologisches Modell, basierend auf dem Respekt vor dem Individuum» bezeichnet. Diese Form der Demokratie liesse sich gemäss dem Burma-Spezialisten Hans-Bernd Zöllner als «monarchische Demokratie» bezeichnen.

Paradoxerweise sind durch die (formale) Demokratisierung die Rohingya weiter marginalisiert worden. Ihr Wahlrecht wurde ihnen vor den Wahlen 2015 aberkannt, im Parlament sitzt kein einziger Muslim mehr, und die «nationale Identität» der Rakhaing, die sich in den letzten Wahlen vorzugsweise für lokale Parteien aussprachen, wurde gestärkt.



Foto: Verena Hölzl

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass, gemäss dem Burma-Spezialisten Hans-Bernd Zöllner, der gegenwärtige Rohingya-Konflikt als die Fortsetzung eines «Kampfes der Kulturen» betrachtet werden kann, der in der Auseinandersetzung zwischen dem britischen und dem burmesischen Reich an der Wende zum 18. Jahrhundert begann. Involviert sind mindestens fünf Parteien:

1. die Arakan-Moslems oder Rohingya (mit dem Anspruch, seit Jahrhunderten in Arakan gelebt zu haben und somit eine eigenständige ethnische Gruppe zu sein),
2. die buddhistischen Rakhaing (die nach Unabhängigkeit streben),
3. die Regierung und die Bamar (welche die Rohingya als illegal eingewanderte Bengalen betrachten),
4. das Militär (das sich als Mittler und Garant für die Einheit sieht) sowie
5. die internationale Gemeinschaft (die wenig Kenntnis von der komplexen Geschichte des Konflikts hat).

Nicht nur die konfliktbehaftete Geschichte, sondern auch die divergierenden Interessen der verschiedenen «Player» erschweren eine Lösungsfindung. (DR)

Bücher zum Thema

- (1) Hans-Bernd Zöllner, Das Totenschiff – die Tragödien der Rohingya. regiospectra Verlag, Berlin (2018)
- (2) Anthony Ware, Costas Laoutides, Myanmar's 'Rohingya' Conflict. Hurst Publishers, London (2018)

Verwendete Quellen (Auswahl)

- (i) Arraiza, José María, and Olivier Vonk, Report On Citizenship Law. Robert Schuman Centre for Advanced Studies and Edinburgh University Law School (2017)
http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/48284/RSCAS_GLOBALCIT_CR_2017_14.pdf?sequence=1
- (ii) Mratt Kyaw Thu, The West Doesn't Understand Myanmar. Interview mit Hans-Bernd Zöllner in: Zenith Magazine, Goethe-Institut (2018)

<https://www.goethe.de/en/uun/prs/auf/n18/21496046.html?forceDesktop=1>

(iii) Ullah, A. K. M. Ahsan, Rohingya Crisis in Myanmar: Seeking Justice for the 'Stateless'. *Journal of Contemporary Criminal Justice* 2016, Vol. 32(3) 285–301 (2016)

https://www.researchgate.net/publication/306167543_Rohingya_Crisis_in_Myanmar_Seeking_Justice_for_the_Stateless

(iv) Zöllner, Hans-Bernd, *Between the Crocodile and the Snake. Contexts of the 'Rohingya Issue'*. University of Windsor, University Sains Malaysia, Berghof Foundation (2017)

<https://www.berghof->

[foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other_Resources/Insider_Mediators/IDRC_Zoellner_Contexts_of_the_Rohingya_Issue_.pdf](https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other_Resources/Insider_Mediators/IDRC_Zoellner_Contexts_of_the_Rohingya_Issue_.pdf)

(v) Zöllner, Hans-Bernd, *Zwischen dem Großen Erählten und Westminster: Überlegungen zum Demokratieverständnis von Aung San Suu Kyi* (2015)

<https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/131801/1/asia-2015-0046.pdf>

(vi) BBC Myanmar Profile – Timeline (2019)

www.bbc.com/news/world-asia-pacific-12992883